

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 37.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 GLN

Cöln, den 15. September 1916.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denkerwall 8. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluß ist Samstag Mittag

17. Jahrg.

Unsere Bewegung im neuen Deutschland.

Mitten im Weltkriege, im Austragen gewaltiger Kämpfe, mitten im Geschehen großer, weltgeschichtlicher Ereignisse tritt die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit neuen Richtlinien für die Zukunft in die Öffentlichkeit.

Als im Jahre 1903 in Frankfurt a. M. die christlichen Gewerkschaften, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, der Verband der katholischen Gesellenverbände, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sowie mehrere Privat- und Staatsarbeiter- und Angestelltenverbände zum ersten Male gemeinsam zu einem Kongreß zusammentraten, schlossen diese sich zu einer losen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Es trat der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses ins Leben, der wiederholt, wenn wichtige Fragen zu klären waren, mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten ist. Seit 1903, seit dem ersten Deutschen Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M., ist die Bezeichnung „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ üblich geworden und in weite Kreise gedrungen. Von Fall zu Fall traten die der Bewegung angehörenden Organisationsvertreter zusammen, um sich über wichtigere Fragen zu verständigen und sie ihrer Lösung näher zu bringen. Jetzt soll nun versucht werden, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ein etwas festeres Gefüge und gemeinsame Richtlinien zu geben. Sie soll ein Programm enthalten mit Mindestforderungen, die von den der Bewegung angehörenden Organisationen zukünftig vertreten werden müßten.

Ein solcher Programmwurf wird soeben in der „Deutschen Arbeit“ sowie in einer Broschüre, betitelt: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland“ der Öffentlichkeit zur Begutachtung übergeben. Entschieden werden soll über den Programmwurf erst dann, wenn der Krieg zu Ende ist und die im Felde stehenden Kollegen zurückgekehrt sind. Bis dahin bietet der Programmwurf also allen Kollegen und Freunden der Bewegung Gelegenheit, sich in Wort und Schrift darüber zu äußern, Kritik daran zu üben und Verbesserungsvorschläge zu machen. Je reger über den Programmwurf der Gedankenaustausch sein wird, umso eher ist zu erwarten, daß im neuen Deutschland die Gesamtbewegung mit einem möglichst vollkommenen, der Bewegung dienlichen Programm ihre segensreiche Tätigkeit entfalten kann.

Für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist der vorliegende Entwurf insofern von besonderer Bedeutung, als darin das Aufgabengebiet für unsere Gewerkschaften gegen früher erweitert ist. Nach dem zur Zeit für die christlichen Gewerkschaften maßgebenden, im Jahre 1899 in Mainz geschaffenen Programm war das Aufgabengebiet wesentlich enger gesteckt, als wie es der Programmwurf für die Gesamtbewegung, also auch für die christlichen Gewerkschaften, nunmehr vorsteht. „Als solche gelten im allgemeinen“, so sagt wirklich das Mainzer Programm in bezug auf die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, „die Hebung der leiblichen und geistigen Lage der Berufsgenossen. Es empfiehlt sich aber, im Programm der Gewerkschaft zu den wichtigsten Fragen des Gewerbes eine den christlichen und nationalökonomischen Prinzipien entsprechende Stellung zu nehmen, als da sind: Lohnfrage, Frage der Arbeitszeit usw.“

In Ermangelung genügend gebotener gesetzlicher Versicherung für Krankheit, Unfälle, Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweis und Invalidität haben die Gewerkschaften durch Schaffung entsprechender Kassen und Institute das Fehlende zu ersetzen.

Eine besondere Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Durchführung der zum Schutze von Sittlichkeit, Gesundheit und Leben der Arbeiter erlassenen gesetzlichen und gewerbepolizeilichen Bestimmungen zu überwachen und den Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren. Ferner sollen sie auch Arbeiterwohlfahrtsanstalten, Arbeiterausschüsse, Gewerbegerichte usw. anstreben.“

In dem neuen Programmwurf für die Gesamtbewegung sind zu diesen Aufgaben eine Reihe neuer

hinzugekommen. Wir nennen nur einige: die Reform der Wahlrechte, Ausbau der Agrarpolitik, Weiterbildung des Volksschulwesens, sowie die Reform der Steuern. Mit diesen Fragen, die bis dahin nicht programmatisch zu den Aufgaben der christlichen Gewerkschaften gehörten, hätten diese sich also in Zukunft ebenfalls als Glieder der Gesamtbewegung zu befassen. Aus dem Programmwurf selbst geht das zwar nicht ganz klar hervor, wohl aber aus den Einführungsmerkmalen, in denen gesagt ist, daß die nachfolgenden Grundzüge und Forderungen ein Mindestprogramm darstellen und daß daneben die einzelnen Gruppen ihre weitergehenden Bestrebungen und Ziele in der Zukunft ebenso verfolgen könnten, wie das in der Vergangenheit geschehen sei. Für alle der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angehörenden Gruppen: christl. Gewerkschaften, evang. und kath. Arbeitervereine, Handlungsgehilfenverband usw. wären also zukünftig neben den besondern Aufgaben, die jede Gruppe in ihrem Programm niedergelegt hat, auch noch jene Aufgaben maßgebend, die in dem gemeinsamen Programm für die Gesamtbewegung aufgeführt sind. Dasselbe gilt von den Beschlüssen, die von der Bewegung gefaßt werden. Zunächst hat jede Gruppe ihre oberste Instanz, deren Beschlüsse für die betreffende Gruppe bindend sind. Für unsern Verband bildet bekanntlich der Verbandstag, für die christliche Gewerkschaftsbewegung der Kongreß die oberste Instanz. Dazu kämen nach dem Programmwurf für die Folgezeit noch als weitere Instanzen für die sämtlichen Gruppen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung der Deutsche Arbeiterkongreß und ein von diesem zu wählender Ausschuß. Als Geschäftsführer dieses Ausschusses ist der jeweilige Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vorgesehen.

Wesentlich ist an dem neuen Programmwurf auch noch, was darin über den Charakter und die Grundanschauungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung niedergelegt ist. Es ist zwar nichts neues, was darüber der Entwurf sagt, aber es zeigt klar und deutlich, welche Richtung unsere Bewegung im neuen Deutschland zu gehen gewillt ist. Gerade jetzt, wo so viel von Renorientierung geredet und geschrieben wird, wo der eine sich mehr rechts, der andere mehr links orientieren will, wo manches bisher Bestandene anfängt ins Wanken zu geraten, ist es durchaus begrüßenswert, wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung rechtzeitig den Weg anzeigt, den sie auch in Zukunft gehen will.

Vor wie nach lehnt die Bewegung nach dem neuen Programmwurf eine staats- und gesellschaftsfeindliche Auffassung von Klasseninteressen und Klassenbewegung ab. Als Ziel der Bewegung wird die würdige Vollendung der begonnenen Einordnung der Arbeiter- und Angestelltenchaft als eines gleichwertigen, gleichberechtigten und vollberechtigten Standes in Staat und Gesellschaft, in Recht und Wirtschaft bezeichnet. In der monarchischen Verfassung, an der unzerstörbaren Gemeinschaft zwischen Fürst und Volk wird festgehalten. Im Privateigentum sieht die Bewegung eine Einrichtung, die in der Natur des aufstrebenden Menschen und in den Bedürfnissen des Gesellschaftslebens unaustilgbar begründet ist. Doch sind dem Erwerb, der Ausdehnung und dem Gebrauch des Eigentums Grenzen zu ziehen. Die verschiedenen Erwerbshände werden in der nationalen Volkswirtschaft als Glieder eines zusammengehörigen Volksganges betrachtet. Die Rechte der Berufsorganisation werden verteidigt und der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter zwecks Erhaltung, Hebung und Förderung des Gewerbes das Wort geredet. Verlangt wird die Weiterführung einer sozialen Politik in Reich, Staat und Gemeinde. Hinsichtlich der Befolgung rein politischer Bestrebungen verweist der Programmwurf die Anhänger der Bewegung auf die staatsbürgerlichen Auffassungen entsprungener, die Verfassung anerkennender und die Arbeiterinteressen gleichwertig achtender Parteien. Endlich wird in dem Entwurf die Notwendigkeit sittlich erzückerischer Arbeit, wie sie sich die der Bewegung an-

gehörenden konfessionellen Arbeitervereine zur Aufgabe gestellt, anerkannt.

Es sind also durchaus scharf und klar umrissene Anschauungen, die die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch zukünftig kennzeichnen sollen. Der genaue Wortlaut des Programmwurfs wird demnächst in einer billigen Massenbroschüre allen Kollegen zugänglich gemacht werden, damit sie ihn studieren und Verbesserungsvorschläge dazu machen können. Möge jeder mit dazu beitragen, daß im neuen Deutschland sowohl die christliche Gewerkschaftsbewegung, wie auch die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung zielklar, einig und geschlossen sich dem Wohle der Arbeiter widmen können.

Vom Kampfplatz um die Lebensmittelpreise.

Bei der Lebensmittelversorgung bildet bekanntlich die Preisfrage mit die Hauptrolle. Seit Ausbruch des Krieges ist der Kampf um die Preisgestaltung zwischen Erzeugern und Verbrauchern denn auch noch nicht zur Ruhe gekommen, trotz aller Versuche, eine zufriedenstellende Regelung herbeizuführen. Immer und immer wieder waren es die Erzeuger und die Händler, die allen Maßnahmen zur Schaffung angemessener Preise ein Schnippchen zu schlagen wußten. Unausgesetzt haben die Arbeiterorganisationen sich gegen die hohen Preise und Riesengewinne der Produzenten und Händler zur Wehr gesetzt. Damit wenigstens im dritten Kriegsjahre für die wichtigsten Volksnahrungsmittel erträgliche Preise zustande kommen sollten, wurde bereits im Frühjahr in der Denkschrift der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verlangt: „Die gesamte Preisgestaltung der Kriegslebensmittelversorgung ist auf einer mittleren Linie, die dem Verbrauch wie der Produktion gerecht wird, aufzubauen. Die weit über die Grundlagen der Produktionskosten hinaus gestiegenen Preise müssen herabgesetzt und der mittleren Gesamtlinie eingefügt werden. Vor allem sind die in völlig unberechtigter Höhe gestiegenen Futtermittelpreise wieder zu ermäßigen und damit die Produktion der auf ihre Weiterbenutzung angewiesenen Betriebszweige wieder auf eine natürliche Grundlage zurückzuführen.“

Im Gegensatz hierzu vertreten manche Kreise die Auffassung, nur mit hohen Preisen würde dem deutschen Volke das Durchhalten nach jeder Seite hin ermöglicht. Hohe Preise förderten einmal die Produktion, reizten dazu an und förderten auf seiten des konsumierenden Volkes den sparsamen Verbrauch der Vorräte. Daß eine solche Auffassung falsch ist, wird in letzter Zeit, nachdem das durch eine derartige Preispolitik im deutschen Vaterlande gerichtete Unheil immer offenkundiger wird, von immer weiteren Kreisen anerkannt. So lasen wir kürzlich darüber in der „Kölnischen Zeitung“:

„Man hat auch in der Preisfrage umgelehrt. Als die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung begannen und immer drängender wurden, da erklärte man das ganze Problem als ein Vorratproblem, hinter dem die Preisfrage zurückstehen müsse; es gelte nur, möglichst viel zu produzieren und um die Produktion zu reizen, müßten hohe Preise geboten werden, die auch den Vorteil brächten, daß der Verbrauch sich einschränke. Sehr bald aber sah man, daß die Preise, die sich frei bildeten, nicht nach den Produktionsverhältnissen, sondern nach der Marktlage entstanden und daß der solide Untergrund der Preisgestaltung verlassen wurde. Das konnte man besonders deutlich auf dem Gemüse- und Obstmarkt beobachten, auf dem Preise zur Regel wurden, die nicht mehr zu rechtfertigen sind. Bei der Frühkartoffelernte haben wir sogar gesehen, daß ein zu reichlich bemessener Preis zur Zerrüttung der Kartoffelverhältnisse beitragen kann. Wären die Preise gleichmäßiger gewesen, so wäre wahrscheinlich auch die Bereitstellung von Waren gleichmäßiger erfolgt. Ein drittes Beispiel dafür, daß hohe Preise zuweilen zu verberlichen Folgen führen können, haben wir in der übermäßigen Abschichtung von Milchkuhen. Das Verlangen nach Rindfleisch ist so stark, daß die Landwirte ihre Milchkuhe zu guten Preisen abstoßen. Im Interesse unserer Volksernährung liegt aber, daß möglichst keine Milchkuhe geschlachtet werden, eine Wirkung, die mit niedrigen Viehpreisen viel leichter zu erreichen ist als mit hohen. So sehen wir, daß schon aus rein volkswirtschaftlichen Gründen nicht immer hohe Preise das Wünschenswerte sind; soziale Bedenken aber müssen das Kriegsernährungsamt bewegen, einer Ermäßigung der Preise zuzustimmen.“

Trotz dieser Erkenntnis wird nie damit zu rechnen sein, daß unsere einflussreichen Großbauern sich freiwillig dazu hergeben, die Preise herabzusetzen oder die Herabsetzung ernstlich anzustreben. Geld, viel Geld wollen sie verdienen und nur Geld kann diese Leute angeblich einig und allein bewegen, dem deutschen Volke Lebensmittel zu liefern. Wenn jetzt aus diesen Anreiz- und Schnelligkeitspremiendriften heraus Alarm gegen die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes geblasen wird, dann weiß man wirklich nicht, soll man das als Heuchelei auffassen oder soll man es als eine Unterwürdig-

heit bezeichnen. Wir sind der Meinung, daß sich ein Alarm in allererster Linie gegen den verwerflichen Eigennuß der maßgebenden landwirtschaftlichen Kreise zu richten hätte. Und dieser Eigennuß findet annehmend seine Stütze in den landwirtschaftlichen Organisationen, die sonst allüberall ihren unheimlichen Einfluß geltend machen, zur Herbeiführung angemessener Preise jedoch vollständig versagt haben. Viel mehr wie eine Milliarde wird es sein, was die Bauern während des Krieges durch die erhöhten Preise allein an den Kartoffeln mehr verdient haben wie sonst. Und die Summe würde noch erheblich höher geworden sein, wenn es nach dem Willen der maßgebenden, landwirtschaftlichen Kreise gegangen wäre. Wir wissen bestimmt, daß es im Kriegsernährungsamt große Mühe gekostet hat, zu verhindern, den diesjährigen Kartoffelpreis noch höher zu schrauben.

Angesichts der guten diesjährigen Ernte müssen wir mit allem Nachdruck fordern, daß endlich einmal der Preisschraube nach oben Halt geboten und die Schraube rückwärts gedreht wird. Das Kriegsernährungsamt hat versprochen, nach Möglichkeit auf eine Senkung der Preise hinzuwirken. Das wird ihm um so eher möglich sein, als sich während der Kriegszeit zur Gemüte gezeitigt hat, daß hohe Preise alles andere sind wie ein Allheilmittel für die Lebensmittelversorgung. Dazu ist es in höchstem Maße vaterlandsfeindlich und schamlos gehandelt, die durch die Ausnahmsmaßnahmen der Engländer der ärmeren Bevölkerung auferlegten Entbehrungen durch Preissteigerungen und Wucherpreise noch zu vermehren.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 37. Wochenbeitrag im Jahre 1916 für die Zeit vom 10. bis 16. Sept. fällig ist.

Bei Einsendern von Mitgliedsbüchern zum Eintragen der Militärzeit ist darauf zu achten, daß Beginn und Ende der Militärzeit mitgeteilt wird. Diese darf nur angegeben werden auf Grund Einsichtnahme in den Militärpaß.

Berichte aus den Zahlstellen.

Uerdingen. Eine von den beteiligten Organisationen einberufene Betriebsversammlung der Holzarbeiter der Waggonfabrik Uerdingen beschäftigte sich mit den dort während des Krieges eingetretenen Verhältnissen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist ständig zurückgegangen, an ihrer Stelle werden Gefangene, Heiliger und Arbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigt. Die Gefangenen werden den Alltagsarbeiten zugeteilt und müssen von diesen entlohnt werden, was den Arbeiter zu Unzufriedenheiten in der Lohnfrage geführt hat. Daß zurzeit vielfach mangelhafte Maschinenarbeit geliefert wird, daß geringwertiges Holz verarbeitet werden muß, damit würden sich die Beteiligten schon eher abfinden, wenn alles geordnet wäre, was gesehen kann, um diese Schäden zu mildern. Daß längere Zeit auf Material gewartet werden muß, daß ungenaue Zeichnungen geliefert werden und hinterher der Arbeiter den Schaden tragen soll, kann jedoch niemand von demselben verlangen. Hinzu kommt, daß für nachträgliche Veränderung keine Entschädigung gegeben wurde und daß größere Abzüge vorgenommen wurden. Die Meister D. und H. aus der Schreinerei und Stellmacherei sehen offenbar auf dem Standpunkt, daß der abgeschlossene Vertrag nur dann innegehalten zu werden braucht, wenn es ihnen gerade so paßt, hat doch der Meister H. erklärt, er rühe sich nicht an den Tarif, er teile die Arbeiten ein wie er wolle; daß dann bei der Preisfestsetzung die Arbeiter auch die Benachteiligten sind, kann man sich schon denken. Aus den angeführten Gründen heraus ist es erklärlich, daß die Bediensteten, statt sich der neuen Zeit anzupassen und herauszugehen, noch heruntersinken. Beschwerden und Vorstellungen werden bei den Meistern wegen nichts, im Gegenteil, die Arbeiter werden noch Beleidigungen ausgeübt. Wurde doch einem bereits 17 Jahre auf der Arbeit beschäftigten Kollegen entgegen geschleudert, Sie wollen sich wohl ordentlich brüden, Sie Faulpelz. Daß dabei auch der Witz mit dem Schützengaben nicht fehle, sei der Vollständigkeit halber ebenfalls mit angeführt. Da die Beschwerden über derartige Verhältnisse und Behandlungen selbst beim Abteilungsleiter F. erfolglos blieben, ist die Stimmung der beteiligten Arbeiter begreiflicher Weise äußerst erregt. Sie geben jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß die Generaldirektion und Fabrikleitung ein derartiges Verhalten nicht billigen und für Abhilfe sorgen werden, damit der Firma ihr alter eingearbeiteter Arbeiterstamm erhalten bleibt. Man verzesse nicht, daß man zur Herstellung erschaffter Waggon eines tüchtigen Arbeiterstammes bedarf. Wenn noch kürzlich in den Zeitungen bei Gelegenheit der Fertigstellung eines neuen vierachsigen D-Waggonen lobend auf die Leistungen der Firma hingewiesen wurde, so war dieses eben nur mit Hilfe eines tüchtigen eingearbeiteten Arbeiterstammes zu erzielen. Die Arbeiterschaft aber möge einig und geschlossen, wie in den Zeiten vor dem Kriege, ihre Interessen energisch wahrzunehmen, dann wird es ihnen leicht gelingen, alle Verschlechterungen abzuwehren.

Lohnbewegung.

Berlin. In einer Berliner Generalversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes wurde nach einem Bericht im „Vorwärts“ über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtet und debattiert. In dem Bericht heißt es: „Die beiderseitigen Vertreter sind darüber einig geworden, daß die Teuerungszulage zunächst für die Dauer des Krieges gewährt, aber nach dem Kriege weiter gezahlt werden soll, solange die Teuerungsverhältnisse anhalten. Wenn später die Teuerung nachlassen sollte, soll die Kommission wieder zusammentreten, um entsprechende Änderungen der Zulage zu beraten. Ueber den wichtigsten Punkt, nämlich die Höhe der Zulage, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Unternehmer boten zunächst eine Zulage von 15 Proz. auf die Friedenslöhne und erklärten sich schließlich bereit 20 Proz. zu bewilligen. Die Arbeiter hatten schon in ihrer Generalversammlung am 25. August eine Zulage von 40 Prozent als angemessene Forderung bezeichnet. Auch die Mitgliederversammlung am Montag hielt an diesem Standpunkt fest. Alle Redner, die in der Diskussion zum Wort kamen, bezeichneten eine Zulage von 20 Proz. als viel zu gering. Es wurde betont, daß schon in einer Reihe von Werkstätten Zulagen von 30 Proz. gezahlt werden und ein Rückgang auf 20 Proz. ganz ausgeschlossen sei. Die Unternehmer hätten ja die Preise ihrer Produkte um 45-50 Proz. erhöht, also würden sie doch in der Lage sein, eine Lohnzulage von 40 Proz. zu gewähren. Da die Preise der meisten Lebensmittel weit über 100 Proz. gestiegen seien, so würde eine Teuerungszulage von 40 Proz. doch nur einen recht ungenügenden Ausgleich zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen darstellen. Aus diesen Gründen hätte man ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer erwartet. — Einmütig wurde beschlossen:

Die Versammlung kann sich mit dem Zugeständnis der Unternehmer, nur 20 Prozent der Friedenslöhne als Teuerungszulage zu gewähren, nicht einverstanden erklären, da dieser Satz im Hinblick auf die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse völlig unzureichend ist. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, auf Grund der Forderung einer Zulage von 40 Proz. nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln.“

Bewerkschaftliches.

Der Verband der Heimarbeiterrinnen gehört zu den wenigen Verbänden, die trotz des Krieges an Mitgliedern zugenommen. Ende Dezember 1913 zählte der Verband 8589, Ende Dezember 1914 10159 und zur Zeit 15089 Mitglieder. Davon befinden sich 10865 in Preußen, 2194 in Hamburg, 821 in Sachsen, 668 in Württemberg, 607 in Bayern und 389 in Hessen. Wir wünschen den Heimarbeiterrinnen, für die bekanntlich die Organisation ganz besonders nötig ist, ein weiteres Erstarken ihrer Bewegung.

Rundschau.

Zur fünften Kriegsanleihe. Zum fünften Male während dieses Weltkrieges wendet sich unsere Reichsregierung an das deutsche Volk mit der Aufforderung, dem Vaterlande die finanziellen Mittel für die siegreiche Durchführung des Krieges zur Verfügung zu stellen. Für das geliehene Geld gibt das Reich 5% Zinsen, die halbjährlich gezahlt werden und außerdem brauchen für je 100 Mk. nur 98 Mk. eingezahlt zu werden. Wer Reichsschatzanweisungen zeichnet, bekommt 4 1/2 % Zinsen, also ein halbes Prozent weniger, braucht dafür aber nur 95 Mk. für je 100 einzuzahlen. Wer also Geld zum Ausleihen im Besitz hat, kann es sehr vorteilhaft in Kriegsanleihe anlegen. Die Zeichnungen auf die 5% Reichsanleihe können bei allen Sparkassen und Postanstalten erfolgen.

Daß die Reichsregierung sich auch diesmal nicht vergebens zur Finanzierung der Kriegskosten an das deutsche Volk wendet, beweisen die vielen und großen Zeichnungen, die bereits auf die fünfte Kriegsanleihe erfolgt sind. Jeder, der sich an der Kriegsanleihe nach Maßgabe seiner Kräfte beteiligt, erweist damit dem Vaterlande einen großen Dienst und hilft Deutschlands Feinde niederringen. Gerade jetzt, wo Rumänien seinen Schurzweil gegen uns verübt, gibt es aufs neue der Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk sich von Gaunern und Schurken nicht unterkriegen läßt. Besteht schließlich auch das deutsche Volk nicht aus lauter Engel und braven Menschen — manche Erscheinungen während der Kriegszeit beweisen es leider — so steht unser deutsches Volk denn doch insgesamt turmhoch über jene feindlichen Völker, die uns mit Zug und Krieg bekämpfen und vernichten wollen. Man vergleiche nur die vertragstreue Haltung Deutschlands mit Oesterreich und die schamlose vertragsbrüchige und treulose Haltung Italiens und Rumaniens. Einem solchen treulosen Gesindel gegenüber sein Vaterland im Stich lassen, wäre tiefbeschämend, ehr- und charakterlos und höchst unklug. Nein, jeder Deutscher muß vielmehr bis zum Siege mit allen Mitteln sein Vaterland

unterstützen und verteidigen und darf sich darin auch durch keinerlei Verärgerung irre machen lassen. Zum Kriegsführer aber gehört Geld, sehr viel Geld. Und selbst die Kriegskasse eines Feldherrn wie Hindenburg müßte verlagern, wenn die deutsche Volk nicht die „silberne Munition“ liefern würde. Wer darum über Geld verfügt, leihe es dem Vaterlande.

Einem Aufruf an Deutschlands Landfrauen erläßt der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batock. Er weist darauf, daß die Ernte in diesem Jahre allgemein reichlich sei, daß das Vieh sich wieder erholt habe und der Bestand vermehrt wurde. Mit der Fortführung der Wirtschaft und Aufrechterhaltung der Erzeugung allein sei es nicht getan, gelte, das Erzeugte auch denen richtig zuzuführen, die brauchen: Millionen von Soldaten, Hunderttausende in Lazaretten und andere Millionen von Männern und Frauen in den Großstädten. Auch diese müßten satt werden, um arbeiten zu können. Alles irgend in einem Haushalt Entbehrliche müsse deshalb die Landbevölkerung herausgeben. In Strafanstalten oder auch mit hohen Preisangeboten sei nicht getan, helfen könne nur der gute Wille, die verständige Einsicht, nur die Erkenntnis der Gefahr, die jedem deutschen Mann, jeder deutschen Frau und jedem deutschen Kind droht, wenn der feindliche Ausnahmsplan gelingen soll. Einschränkungen seien überall nötig, je länger der Krieg dauere desto nötiger. Derjenige, der auf dem Lande aus alter Friedensgewohnheit nur ein halb Liter mehr Milch, nur ein vier Pfund mehr Butter oder Speck, nur ein Ei mehr verzehrt als unbedingt nötig, wer nicht alles, was er irgendwie beschaffen kann, an die zur Abnahme bestimmten Stellen schafft, damit es auf dem vorgeschriebenen Wege unseren Soldaten und unserer städtischen Bevölkerung zufließt, verflüchtigt sich am Vaterlande. Der Präsident kündigt an, daß Einrichtungen getroffen werden, um alles auf dem Lande Entbehrliche zu kaufen und dem Heer und den großstädtischen armeren Familien zuzuführen. Die Preise seien jetzt schon für viele armeren Familien unerschwinglich geworden. Deshalb herzlichste Bitte an alle deutschen Landleute, Landfrauen, Landkinder und ländlichen Dienstleute, zu helfen.

Ohne Zweifel wird dieser Aufruf bei vielen tausenden kleinen und braven Landleuten, die an den hohen Preisen in den Ernährungsschwierigkeiten recht unschuldig sind, gern befolgt werden. Ob jedoch die großen und einflussreichen Landbesitzer auch bereit sein werden dadurch wirksam zu helfen, daß sie sich zukünftig mit niedrigeren Preisen begnügen, eine andere Frage. Gerade nach der Seite hin aber, wo es sehr notwendig, daß der Bitte des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes an alle deutschen Landleute, zu helfen, ausgesprochen würde.

Obstwucher. Die Folgen des Fehlens von Obstschätzpreisen und der Nichtregelung der Obstschätzverhältnisse zeigen sich anschaulich in dem folgenden Bericht aus dem „Hilfsburgenhäuser Kreisblatt“ vom 4. August:

„In 29 Orten betragen die Pflanzschätzsummen 59458 Mark gegen 19215 Mark im Vorjahre. Trotzdem begegnet man beim diesjährigen Ernteschluß (abgesehen natürlich vom verbrauchtenden Volke), nur trosten Gesichtern, da jeder der Pächter einen großen Verdienst eingehemmt hat. So sind an Plantagen, welche im 1500 bis 2000 Mark bezahlt wurden, Ueberschüsse von 3000 bis 4000 Mark nach Abzug der Unkosten gemacht worden. Ganz die selben Preisverhältnisse scheinen die Pächter für Pflaumen und Kernobst zu erwarten, da auch hier die Pachtungen zu gerabten unheimlichen Preisen erworben wurden, so daß häufig der Baum Pflaumen nach Angabe von Fachleuten 5 bis 6 Mark auf dem Baum kostet, was im Interesse der Käufer bei dem recht reichlichen Pflaumenanhang sehr zu beklagen ist. Solange bei uns Obstverkauf in Wucherhänden liegt, wird Obst noch lange nicht als vielgepreizene „Brotbackmittel“, und man verschone uns wenigstens jetzt während der Kriegszeit, mit aller Theorie an diesem Gebiete.“

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen bemerkt mit Recht hierzu: Wenn schon die Früchsternte nicht mehr von den Wucherern gerettet werden kann, so sollten wenigstens für Pflaumen und Kernobst unverzüglich Reichshöchstpreise, etwa nach bestimmten Erzeugungsgebieten, festgesetzt werden. Wenn dabei die Pächter infolge der unsinnigen Pachtsummen zu kurz kommen sollten, so wären sie und die Besitzer wenigstens für das nächste Jahr gewarnt. Und gegen etwaige Streikgelüste nach Kölnner und Werberischer Art haben wir ja noch Landsturmlaute.

Literarisches.

Das Septemberheft der Deutschen Arbeit ist soeben erschienen. Es behandelt in der Hauptsache „die christlich nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland.“ Ein vom Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses gezeichneter Aufsatz dient als Einführung und bringt unter anderem die programmatischen Richtlinien der christlichen Gewerkschaften, der evangelischen und der katholischen Arbeitervereine. Im Anschluß daran wird sodann ein Programmentwurf der christlich nationalen Arbeiterbewegung der Öffentlichkeit übergeben. Unter Rundschau schreibt Anton Regbach über Soziale Fürsorge: Johann Leiffhelm über Wohnungswesen; Peter Schlad über Genossenschaftswesen; Käthe Gabel über Frauenfrage.

„Deutsche Arbeit“
 Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.
 Bestellungen können erfolgen bei der Post, bei allen Buchhandlungen, beim Verlag, oder bei der Geschäftsstelle des Reichsausschusses. Der Abonnementspreis beträgt jährlich 6 Mk., halbjährlich 3 Mk., einschließlich 1.50 Mk. für Anzeigenentgelt. Einzelhefte 0.20 Mk. Bestellungen.

1 Tischler
 für Band- und Maschinenarbeit,
1 Gattererschneider
 sucht und erbitet Angebote mit Lohnforderung
 Emil Grimm & Co., S. m. b. H.
 Straß 1. Reut.
Soldatenkatechismus
 des Kriegs-Unterführungs- und
 Versorgungswesens
 von Heinrich Dieck.
 Preis 60 Pf. für Verbandsmittglieder.
 Zu beziehen durch die Geschäftsstelle
 des Verbandes.

**Tüchtiger militärreifer
 Werkmeister**
 mit allen Zweigen der Grob- und Feinbützensfabrikation aufs beste vertraut und der nachweislich mit gutem Erfolg in größeren Fabriken tätig war, zum 1. Oktober gesucht. Zeugnisabschriften sowie Angabe von Referenzen sind zu richten an
 Geschäftsstelle des Bürostofffabrikanten S. m. b. H.,
 Bamberg, Bayl.
Anzeigen der Zahlstellen.
 Köln-Meyn. Arbeitsnachweis und Büro Ben-
 loewstr. 9. Telefon A 3210.
 Berlin. Büro Berlin O 27, Blumenstraße 75.
 Telel. Amt Alexander 100.

Langs. Arbeitsnachweis u. Büro Pfefferstr.
 Frankfurt a. M. Arbeitsnachweis und Büro
 Bieidenstr. 22. Telefon Amt I 9440.
 Hamburg. Arbeitsnachweis und Büro Bremen-
 reihe 25P. Telefon Gruppe V 1478.
 München. Arbeitsnachweis u. Büro Langs-
 Straße 25. Telefon 51692.
 Düsseldorf. Arbeitsnachweis u. Büro Louisa-
 Straße 37. Telefon 10508.
 Duisburg. Arbeitsnachweis und Büro Rea-
 lschulstraße 2. Telefon 2537.
 Essen-Mühl. Arbeitsnachweis u. Büro Groß-
 hauferstr. 19. Telefon 1042.
 Freiburg i. B. Arbeitsnachweis und Büro
 Eichholzstraße 70.